

### Kontinuität und Neubeginn: die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn [1981]

Falter, Jürgen W.

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Falter, J. W. (2013). Kontinuität und Neubeginn: die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn [1981]. *Historical Social Research, Supplement*, 25, 303-332. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-379912>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

---

# Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn [1981]

Jürgen W. Falter\*

---

**Abstract:** »Continuity and renewal. The 1949 Bundestag election between Weimar and Bonn«. The goal of the following analysis is to consider the hardly researched Bundestag elections as a link between the first and second German Republics in their historical context. Due to the lack of available data – there are no surveys available – an aggregate data analysis has been used to develop results about the socio-economic voting patterns from a temporal and spatial perspective. The economic and political factors in the election campaign are investigated in order to analyze the election. The Weimar roots of the election results are also presented in order to compare the results between 1928 and 1949. The relationship between the performance of the most important parties in the Bundestag elections of 1949, those parties' percentages of votes in the Landtag elections in 1946/7, and the Bundestag elections of 1953 are considered. The analysis of the socio-economic composition of the election results follows, whereby the influence of social factors on the election results is considered in the development leading up to the 1953 Bundestag elections. These factors include: (1) religious influences; (2) economic influences; (3) influence of socio-economic background. Then, the isolated relationships between the individual influence factors are illustrated in a causal model with latent variables. The results of the study are discussed.

**Keywords:** Bundestag, voting patterns, Weimar, election, election campaign.

---

## 1. Vorbemerkung

---

Bisher sind, mit nur einer Ausnahme, alle Bundestagswahlen von der empirischen Wahlforschung intensiv analysiert worden.<sup>1</sup> Diese Ausnahme von der

---

\* Reprint of: Falter, Jürgen W. 1981. Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. *Politische Vierteljahresschrift* 3, 236-63. Ohne die Unterstützung meiner studentischen Hilfskräfte bei der Datenaufbereitung und Datenverarbeitung hätte diese Analyse, zumindest in der vorliegenden Form, von mir nicht durchgeführt werden können. Ich möchte mich daher bei H. Dotzler, W. Hehn, B. Kastendieck und G. Dietrich sehr herzlich für ihre Hilfe bedanken. Mein Dank gilt ferner Max Kaase und Uwe Schleth, auf deren Datensatz mit Wahl- und Volkszählungsdaten sich der Hauptteil der Untersuchung stützt.

<sup>1</sup> Die Bundestagswahl 1949 stellt eher einen Übergang von der Weimarer zur Bonner Republik dar als einen Neubeginn nach einer imaginären Stunde Null. Angesichts der verblüffend ho-

Regel stellt die Wahl zum 1. Deutschen Bundestag vom 14. August 1949 dar, die selbst in den Datenreihen der meisten wahlhistorischen Längsschnittstudien nicht berücksichtigt wird (vgl. Conradt 1973; Pappi 1977; Falter 1977 und, als Abweichung von dieser Praxis, Kaase 1970).

Die Vernachlässigung der ersten Bundestagswahl durch die Wahlsoziologie ist bedauerlich, da diese Wahl nicht nur als ein Startpunkt des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch als ein Bindeglied zwischen der ersten und der zweiten deutschen Republik angesehen werden kann: In ihrem Ergebnis scheinen „noch deutlich die Strukturen der Wahlen der Weimarer Republik durch“ (Hoschka und Schunck 1977, 280), so daß ernsthaft zu fragen ist, ob nicht die Bundestagswahl 1949 besser als „letzte Wahl der Weimarer Ära“ charakterisiert werden sollte und ob nicht erst die Bundestagswahlen von 1953 als „kritische Wahlen“ im Sinne V.O. Keys mit ihren erheblichen Verschiebungen des Kräftegleichgewichts den eigentlichen Beginn der bundesrepublikanischen Wahlgeschichte markieren.

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, unsere Kenntnislücken über die Bundestagswahl 1949 zu verringern und sie insbesondere in einem weiteren geschichtlichen Kontext zu analysieren. Der Fragestellung dieser Analyse liegt folglich in erster Linie ein historisch-deskriptives Erkenntnisinteresse zugrunde. Da kaum Umfragematerial in gedruckter oder gar maschinenlesbarer Form verfügbar ist, erzwingt die Datenlage eine – bestenfalls durch einige demoskopische Informationen angereicherte – Aggregatdatenanalyse, was wiederum die Fragestellung und die Erkenntnismöglichkeiten tangiert: Weder wird es mit dem verfügbaren Material möglich sein, auf den Einfluß der Spitzenkandidaten von CDU/CSU und SPD einzugehen oder die wahlrelevanten Einstellungen der Bevölkerung zu analysieren, noch ist streng genommen der Schluß von der Aggregat- auf die Individualebene des Wählerverhaltens statthaft. Dennoch erlaubt auch die Aggregatdatenanalyse die Erarbeitung interessanter Erkenntnisse über die sozialökologische Struktur des Wählerverhaltens in zeitlich und räumlich vergleichender Perspektive, wie eine Reihe von Untersuchungen der letzten Jahre eindrucksvoll belegt (vgl. Setzer 1974; Troitzsch 1976; Rattinger 1980; Schoof 1980 und nicht zuletzt Conradt 1973).

---

## 2. Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

---

Die Wahl zum 1. Deutschen Bundestag fand rund ein Vierteljahr nach dem Erlaß des Besatzungsstatuts durch die drei Westmächte und der Verkündung des Grundgesetzes statt. Erst im April 1949 waren die englisch-amerikanische

---

hen territorialen Stabilität der Parteien von 1932 auf 1949 und der erst 1953 erfolgenden Neustrukturierung des westdeutschen Parteiensystems läßt sie sich – überspitzt formuliert – ebensosehr als letzte Weimarer wie als erste bundesrepublikanische Wahl apostrophieren.

Bizone und das französische Besatzungsgebiet zur Trizone zusammengelegt worden. Ebenfalls im April erfolgte die Beendigung der Berlin-Blockade durch die Sowjetunion; die alliierte Luftbrücke nach West-Berlin wurde sogar erst vierzehn Tage vor der Wahl eingestellt (vgl. AdG 1948/49, 1880ff.).

Die weltpolitische Lage des Jahres 1949, und damit auch die Deutschlandpolitik der West-Alliierten, stand völlig im Zeichen der Ost-West-Spannungen und der sich immer mehr vertiefenden deutschen Spaltung. Innenpolitisch bewegten vor allem ökonomische und soziale Probleme die Gemüter.

Wirtschaftlich ging es 1949 den Westdeutschen noch nicht wieder so gut wie vor dem Kriege. Dennoch war der Aufschwung überall zu spüren: Lag der Index der industriellen Produktion 1946 bei nur 33% des Standes von 1936, so betrug er 1949 bereits wieder 90% (vgl. Kaltefleiter 1968, 101 ff.). Dieser Aufschwung war jedoch von ernsthaften Anpassungskrisen begleitet; bei nur geringem Lohnanstieg schnellten unmittelbar nach der Währungsreform, bedingt durch den Nachfrageschub, die Preise inflationär in die Höhe. Zwar gelang es im Frühjahr 1949 diese Entwicklung aufzufangen, jedoch nur auf Kosten hoher Arbeitslosigkeit, die mit durchschnittlich 9% beträchtlich war und in einigen Gebieten, vor allem solchen mit vielen Vertriebenen, sogar die Werte von 1929/30 erreichte.

Als Folge der Dämpfungsmaßnahmen halbierte sich das Wirtschaftswachstum, wurden die Handels- und Leistungsbilanz passiv. Erst der neuerliche Wirtschaftsaufschwung im Gefolge des Korea-Krieges setzte den konjunkturellen Schwankungen „zwischen inflationärem Boom und relativer Stagnation“ (Abelshauser 1979, 231) dann ein Ende.

---

### 3. Wahlkampf

---

Im Wahlkampf selbst nahmen Probleme der Wirtschaftsordnung breiten Raum ein. Die Auseinandersetzungen kristallisierten sich in den Personen der beiden Spitzenkandidaten von CDU/CSU und SPD.

Auf der einen Seite vertrat der Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, einen planwirtschaftlichen, stark national betonten, stets das Ziel der Wiedervereinigung an die erste Stelle setzenden Weg; auf der anderen Seite propagierte Konrad Adenauer, ein strikter Gegner planwirtschaftlicher Vorstellungen, das von Ludwig Erhard verkörperte Programm der Sozialen Marktwirtschaft, das dann auch in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ der CDU zu Beginn des Bundestagswahlkampfes die sozialistischen Vorstellungen des Ahlener Programms endgültig ablöste (vgl. Kaack 1971, 194 ff.).

Im Mittelpunkt des Adenauerschen Wahlkampfes standen nach eigenem Bekunden Probleme der Linderung der Wohnungsnot, die Forderung nach einem Lastenausgleichsmodell zugunsten der Vertriebenen, das durch Zugriff auf die Vermögenserträge unter Schonung der Vermögenssubstanz finanziert

werden sollte, die Ankurbelung des stagnierenden Wirtschaftswachstums durch marktkonforme Maßnahmen und auf dem Gebiet der Außenpolitik ein Kurs, der der Westintegration Priorität einräumte (vgl. Adenauer 1965, 211 ff.). Ähnlich wie sein sozialdemokratischer Kontrahent, wenn auch unter stärkerer Schonung der Besatzungsmächte, forderte Adenauer eine Beendigung der Reparationen und Demontagen. Vor allem aber gelte es, die Etablierung des Sozialismus, für den England unter der Führung der Labour-Regierung ein abschreckendes Beispiel abgebe, zu verhindern (vgl. AdG 1948/49, 2000 ff.).

Kurt Schumacher führte seinen Wahlkampf nicht zuletzt mit der Forderung nach Sozialisierung wichtiger Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel der Grundstoffindustrie und des Versicherungs- und Kreditwesens; in Anlehnung an das bereits 1946 beschlossene Hannoveraner Programm seiner Partei traten Schumacher und andere sozialdemokratische Politiker für eine stärkere Trennung von Staat und Kirche ein, außenpolitisch nahmen sie eine deutlich nationalistischere, die gesamtdeutschen Interessen herausstreichende Position ein als die Unionsparteien. Hierbei kritisierte Kurt Schumacher in scharfen Attacken wiederholt während des Wahlkampfes die Politik der westlichen Alliierten, sparte aber auch die Sowjetunion in seinen Angriffen nicht aus (vgl. AdG 1948/49: 1978A). Zu den strittigen Punkten des Wahlkampfes zählten ferner Probleme von Familie, Ehe und Elternrecht. SPD und FDP vertraten hier eher laizistische Positionen, während sich die Unionsparteien weitestgehend als Verfechter christlicher Werte verstanden.

Zusammenfassend läßt sich in Anlehnung an den katholischen Publizisten Walter Dirks der Wahlkampf 1949 als entscheidender Wendepunkt für den politischen Standort der Union charakterisieren. Ähnlich wie das Zentrum in den zwanziger Jahren habe sie sich in seinem Verlaufe und durch die Bildung der ersten Regierung Adenauer „von einer Partei der gemäßigten Linken zu einer Partei der rechten Mitte“ gewandelt (Dirks 1953).

---

#### 4. Das Wahlergebnis

---

Bei der Bundestagswahl 1949 gab es keinen eindeutigen Wahlsieger. CDU/CSU und SPD lagen, bei einem geringen Vorsprung der Unionsparteien, in etwa gleich auf. Drittstärkste Partei war auch damals schon die FDP; es gelang ihr damit, die KPD, die bei den Landtagswahlen von 1946/47 noch geringfügig mehr Stimmen erhalten hatte als die Liberalen, weit zu überflügeln. Den stärksten Sprung nach vorn tat die Gruppe der „Sonstigen“, darunter die Bayernpartei, die Deutsche Zentrumspartei, welche vor allem in Nordrhein-Westfalen und den katholischen Gebieten Niedersachsens erfolgreich war, die hauptsächlich in den norddeutschen Küstenländern aktive Deutsche Partei sowie eine Reihe weiterer rechter und linker Kleinparteien, die sämtliche 1953 nicht mehr in den Bundestag einzuziehen vermochten. Schließlich gelang auch noch,

letztmals in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik, zwei unabhängigen Kandidaten der Sprung in den Bundestag.

Bei einer mit 78,5% für heutige Verhältnisse relativ niedrigen Wahlbeteiligung mußten die beiden Unionsparteien und die SPD sowie die KPD gegenüber den Landtagswahlen von 1946/47 empfindliche Einbußen hinnehmen. Ihr Stimmenanteil ging im Falle der CDU/CSU um 12,7%, im Falle der SPD um 20,7% und im Falle der KPD sogar um 40,6% zurück.

Die FDP hingegen vermochte ihren Wähleranteil gegenüber den Landtagswahlen um rund ein Viertel zu steigern. Die „Sonstigen“ schließlich vergrößerten ihren Stimmenanteil gegenüber 1946/47, als sie stellenweise noch nicht kandidieren konnten, um nahezu 160% (vgl. für eine Dokumentation der Wahlergebnisse von 1946/47 und 1949 ff. auf Länderebene Schachtner 1956; Faul 1961; Kaack 1971, 182 ff., 196 ff.).

Was sich schon 1946/47 und dann wieder 1949 abzeichnete, sind die auch heute noch existierenden Nordsüddifferenzen der großen Parteien. Die Rangordnungskoeffizienten für die Union in den Bundesländern belaufen sich für 1949/1980 auf 0,7, für 1953/1980 auf 0,75 und für 1949/1953 auf 0,9 (Spearman's Rho). Die Unterschiede zwischen den Bundesländern haben sich dabei insgesamt erheblich verringert. Betrug der Variationskoeffizient, das ist die Standardabweichung in Prozenten des jeweiligen Mittels der Prozentanteile, für die SPD 1949 noch 17,6%, so lag er 1980 bei nur 14,8%.

Für die beiden Unionsparteien hingegen ist ein sehr viel stärkerer Trend zu beobachten: Der Variationskoeffizient ihrer Stimmanteile belief sich 1949 auf 34,7%, eine Zahl, die auf relativ starke Abweichungen vom Bundesdurchschnitt hindeutet, während er 1980 nur noch 19,7% betrug. Im Klartext formuliert: Obwohl die Stimmanteile von CDU und CSU wie auch der SPD in den Ländern 1980 insgesamt näher am Bundesdurchschnitt lagen als 1949, war die Angleichung im Falle der Unions-Parteien sehr viel stärker ausgeprägt als im Falle der bemerkenswert stabil gebliebenen SPD (vgl. Hoschka und Schunck 1977, 287 ff.). Im Falle der FDP schließlich läßt sich, ähnlich wie bei den Unionsparteien, ebenfalls ein erheblicher Abbau der regionalen Hochburgen und damit eine Angleichung ihrer Länderergebnisse an den Bundesdurchschnitt beobachten ( $V = 68,7\%$  im Jahre 1949 gegenüber  $21,9\%$  im Jahre 1980).

In der zweiten Serie von Landtagswahlen zwischen 1949 und 1952 mußten die Unionsparteien weitere (und nun auch absolute) Stimmenverluste hinnehmen, während der Anteil der SPD und vor allem der „Sonstigen“ anwuchs. Die schlimmsten Befürchtungen, aus Weimarer Erfahrungen gespeist, schienen wahr zu werden: Das westdeutsche Parteiensystem stand einen kurzen Augenblick im Begriff, sich in eine Vielzahl von Interessen- und Regionalgruppierungen zu zersplittern, wodurch die politische Instabilität der Weimarer Republik reproduziert zu werden drohte.

**Tab.1:** Das Ergebnis der Bundestagswahl 1949 im Bund und in den Ländern in Prozent der gültigen Stimmen

	CDU/CSU		SPD		FDP/FVP		KPD		Sonst.		Wahl- bet.
	%	Mand.	%	Mand.	%	Mand.	%	Mand.	%	Mand.	
SLH	30,7	8	29,6	8	7,4	2	3,1	-	29,2	5 <sup>a)</sup>	82,7
HH	19,7	3	39,6	6	15,8	2	8,5	1	16,4	1	81,2
HB	16,9	1	34,4	3 <sup>b)</sup>	12,9	-	6,8	-	29,0	1	81,9
NS	17,6	12	33,4	24	7,5	5	3,1	-	38,4	17	77,7
NRW	36,9	43	31,4	37	8,6	10	7,6	9	15,5	10	79,6
HE	21,3	9	32,1	13	28,1	12	6,7	2	11,8	-	77,3
RPF	49,1	13	28,6	7	15,8	4	6,2	1	0,3	-	79,6
BW	39,6	26 <sup>b)</sup>	23,9	15	17,6	10	6,4	2	12,5	2 <sup>a)</sup>	70,6
BY	29,2	24	22,7	18	8,5	7	4,1	-	35,5	29	81,1
BUND	31,0	139	29,2	131	11,9	52	5,7	15	22,2	65	78,5

a) davon 1 Unabhängiger, b) davon 1 Überhangmandat

**Tab. 2:** Die Entwicklung der Parteienteile 1946/47 bis 1953 (1980) in Prozent (Basis: Parteienteile 1949)

	LTW 1946/47	BTW 1949	LTW 1949-52 <sup>a)</sup>	BTW 1953	BTW 1980
CDU/CSU	115	100	89	145	144
SPD	126	100	108	99	147
FDP	80	100	97	80	89
KPD/DKP	168	100	61	39	5
Sonstige	39	100	115	64	8

a) Die Listenverbindungen von FDP und CDU in Hamburg, von CDU und DP in Niedersachsen und von FDP und BHE in Hessen wurden proportional zu den Stimmenanteilen der jeweiligen Parteien bei der Bundestagswahl 1949 bzw. 1953 (FDP/BHE) zerlegt.

Doch schon wenige Monate später, bei der Bundestagswahl 1953, begann mit dem für viele völlig überraschend kommenden Aufstieg der Union zur dominierenden politischen Kraft der fünfziger und sechziger Jahre jene Konzentration des deutschen Parteiensystems, die von einigen zeitgenössischen Interpreten als „Das deutsche Wahlwunder“ charakterisiert wurde (vgl. Baer und Faul 1953).

Während die SPD ihren Stimmenanteil von 1949 in der zweiten Bundestagswahl halten konnte und die FDP wieder auf den Stand von 1946/47 zurückfiel, gleichwohl aber unangefochten die dritte Kraft im Lande blieb, setzte sich der bereits in den vierziger Jahren einsetzende Niedergang der KPD, die nun nicht mehr in den Bundestag einzog, weiter fort. Gleichzeitig ging der Anteil der „Sonstigen“ um über ein Drittel zurück. Die beiden Unionsparteien dagegen konnten als die großen Gewinner der Wahl einen geradezu triumphalen Erfolg feiern und ihren Wähleranteil um fast die Hälfte gegenüber 1949 steigern (vgl. Tabelle 2). Die Höhe des Zuwachses von CDU und CSU legt den Schluß nahe, daß es sich bei der Bundestagswahl 1953 um eine sogenannte kritische Wahl im Sinne V.O. Keys handelte (vgl. Campbell et al. 1966, 63 ff.),

bei der durch starke Umschichtungen im Elektorat der Grundstock für die relativ unangefochtene Mehrheitsposition der Unionsparteien während der kommenden eineinhalb Jahrzehnte gelegt wurde (vgl. Hoschka und Schunck 1977, 280; Linz 1959). Ob diese Vermutung zutrifft, will ich neben anderen Fragen in diesem Aufsatz überprüfen.

---

## 5. Weimarer Wurzeln

---

Einerseits stellte die Wahl von 1949 einen gleichermaßen symbolischen wie tatsächlichen Neuanfang dar, obwohl die entscheidenden Weichenstellungen für die Entwicklung der Bundesrepublik entweder in Abstimmung mit den Besatzungsmächten bereits im Wirtschaftsrat und ganz besonders im Parlamentarischen Rat gefallen waren oder aufgrund weltpolitischer Ereignisse und alliierter Vorbehaltsrechte dem deutschen Einfluß weitestgehend entzogen blieben. Andererseits bildete die erste Bundestagswahl ein nicht zu unterschätzendes Element der Kontinuität und des Übergangs: Organisatorisch, ideologisch und personell knüpften die neu- bzw. wiedergegründeten Parteien teilweise da wieder an, wo sie oder ihre parteipolitischen Vorgänger 1933 aufgehört hatten. Auch überdauerten die sozialökologischen Milieus, namentlich das katholische und das gewerkschaftlich-industrielle, in denen verschiedene parteipolitische Gruppierungen wurzelten, weitgehend das Ende der Weimarer Republik und das 3. Reich. Was die Wähler betrifft, blieben trotz der riesigen Bevölkerungsverschiebungen der Nachkriegszeit und des durch den Krieg und seine Folgen induzierten tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Wandels viele der alten Parteihochburgen bestehen. Die Veränderungen, die sich im Verlaufe der Geschichte der Bundesrepublik vollzogen, waren – wenigstens an der Oberfläche – häufig sehr viel stärker und umfassender als der Wandel zwischen 1933 und 1949.

Dieser Eindruck wird, zumindest aus der heutigen Perspektive, durch das äußere Erscheinungsbild der ersten Bundestagswahl verstärkt: Das politische Personal der Parteien, der Habitus der Spitzenpolitiker, ihre Diktion und Rhetorik, aber auch die Wahlkampfführung, die Plakate und Parolen und nicht zuletzt ein Gutteil der politischen Inhalte erinnern nicht selten stärker an die Wahlkämpfe der zwanziger und frühen dreißiger Jahre als an die politischen Auseinandersetzungen der sechziger bis achtziger Jahre.

Läßt sich folglich schon vom Erscheinungsbild her die Bundestagswahl 1949 als der Weimarer Ära zumindest eng verwandte Abstimmung charakterisieren, so ist die hohe regionale Stabilität der wichtigsten Parteigruppierungen geradezu verblüffend: Trotz Nationalsozialismus und 3. Reich, Vertreibung und Umsiedlung, Entnazifizierung und sozialer Entwurzelung, trotz der Veränderungen des Parteiensystems im Gefolge der Neugründung bürgerlicher Samm-



lungsbewegungen wie der CDU/CSU und der FDP sind die Elemente der Kontinuität unübersehbar.

So liegt die Korrelation der SPD-Stimmanteile in den Land- und Stadtkreisen bei den Wahlen vom Juli 1932 und August 1949 bei 0,73; exakt gleich hoch ist der Zusammenhang zwischen den Stimmanteilen der Union und ihrer beiden wichtigsten Vorgängerparteien, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei (BVP). Nochmals höher liegt der Korrelationskoeffizient für die KPD-Anteile. 1949 gelang es folglich diesen Parteien vor allem dort Stimmen zu gewinnen, wo sie auch im Juli 1932 erfolgreich gewesen waren; umgekehrt blieben sie in den Kreisen hinter dem Bundesdurchschnitt zurück, wo sie auch 1932 schon einen schweren Stand gehabt hatten.

Die FDP schließlich wies, außer mit der NSDAP, die höchsten Korrelationen mit den beiden Parteien auf, in deren Tradition sie sich zu stellen versucht: Mit der nationalliberalen DVP einerseits ( $r = 0,24$ ) und der stärker sozialliberalen DDP andererseits ( $r = 0,29$ ).

**Tab. 3:** Korrelation der Parteianteile Reichstagswahl 1932 (Juli) und 1949 für die Kreise der Bundesrepublik Reichstagswahl Juli 1932<sup>a)</sup>

		KPD	SPD	Z/BVP	DDP	DVP	DNVP	NSDAP	Nichtw.
<i>Bundes- tagswahl 1949</i>	KPD	84 <sup>b)</sup>	25	-27	15	26	-04	-12	-18
	SPD	43	73	-54	12	28	26	26	-55
	CDU/CSU	-10	-58	73	-24	-33	-29	-50	18
	FDP	01	24	-39	29	24	03	36	-08
	REG <sup>c)</sup>	-23	-43	54	-32	-26	-25	-41	27
	RESP	-02	25	-24	-02	08	25	25	-26
	SONST	-27	-02	-06	-07	-07	-05	10	17
	Nichtw.	06	00	-33	26	13	09	19	32

a) Pearson's  $r$ , berechnet anhand des ICPSR-Datensatzes „Weimar Election Data“ und des von Max Kaase und Uwe Schleth erstellten Aggregatdatensatzes von Wahl- und Volkszählungsdaten für die Bundesrepublik Deutschland. Kreise mit größeren Bevölkerungsverschiebungen aufgrund von Verwaltungsreformen (> 10%) wurden bei den Berechnungen der Koeffizienten weggelassen. Die Mittelwerte der einzelnen Variablen sowie ihre Interkorrelationen wurden davon nicht bzw. nur minimal berührt.

b) Korrelationen berechnet anhand der Stimmanteile der verschiedenen Parteien (Basis: Wahlberechtigte). Die einzelnen Fälle wurden vorab mit ihrer Einwohnerzahl gewichtet (NPOP/85.000), um den Einfluß erheblich variierender Bevölkerungszahlen der Kreise zu berücksichtigen. Die kursiv gesetzten Koeffizienten sollen die Parteipaare kennzeichnen, bei denen personelle, organisatorische und/oder weltanschauliche Kontinuität vermutet wird.

c) REG = Regionalparteien (Bayernpartei, Deutsche Zentrumspartei, Südschleswigscher Wählerverband); RESP = rechte Splitterparteien (D. Kons. Partei/Deutsche Reichspartei).

Die zuerst unter der Lizenz der Besatzungsmächte gegründeten Parteien nach dem Kriege waren SPD, KPD, CDU/CSU und FDP/FVP/LDP. Während die beiden sozialistischen Parteien, die ansonsten politisch wenig gemein hatten, in klarer ideologischer, organisatorischer und personeller Kontinuität, wenn nicht sogar Identität zu ihren Weimarer Vorgängerparteien standen, stellten die Unionsparteien und die Liberalen den Versuch dar, die Zersplitterung des bürgerli-

chen Lagers, die für die Weimarer Republik kennzeichnend und wohl auch für ihren Untergang mitverantwortlich war, zu beenden.

So versuchte die CDU/CSU als überkonfessionelle christliche Partei in protestantischen Regionen ein Auffangbecken für die Anhänger ehemaliger, 1932/33 untergegangener Parteien zu bilden. Daß ihr das nach 1957 gelungen ist, erscheint evident. Wir wollen jedoch im folgenden überprüfen, inwieweit sie dies schon 1949 zu erreichen vermochte, d.h. ob sie bereits bei der ersten Bundestagswahl in Gebieten Erfolge erzielen konnte, die dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei als katholischen Gruppierungen während der Weimarer Republik und erst recht im Kaiserreich verschlossen geblieben waren. Analog soll untersucht werden, wieweit es der FDP gelungen ist, an die Wahlerfolge ihrer beiden liberalen Vorgängerparteien anzuknüpfen. Da DVP und DDP bereits 1932 nahezu vollständig eliminiert waren, empfiehlt es sich, hierbei zusätzlich auf die Reichstagswahl 1928 zurückzugreifen.

**Tab. 4:** Wechsel und Kontinuität von Parteistärken in Gebieten unterschiedlicher Konfessionsstruktur (in % der gültigen Stimmen bzw. der Wahlberechtigten)

		evangelische Gebiete	Mischgebiete	katholische Gebiete	über alles
Zent./BVP	1928	3.5	25.5	46.4	23.3 <sup>a)</sup>
	1932	4.2	24.5	48.4	23.5
CDU/CSU	1949	20.6	31.8	41.4	31.0
SPD	1928	35.2	25.0	15.7	26.8
	1932	30.0	17.6	11.1	19.0
	1949	33.0	30.6	20.3	29.2
DVP/DDP	1928	17.2	13.1	6.3	13.5
	1932	2.9	2.1	1.4	2.2
FDP	1949	14.8	11.9	7.0	11.9
Wahlbeteiligung	1928	74.7	74.5	72.0	73.7
	1932	85.5	85.3	80.4	83.8
	1949	77.1	78.2	80.7	78.5
n		188	115	146	449 <sup>b)</sup>

a) Von der Reichs- auf die Bundesebene mit Hilfe der in Tabelle 3 angegebenen Datensätze umgerechnet.

b) KPD-Werte über alles: 1928 = 8,6%, 1932 I = 12,8%, 1949 = 5,7%.

Tabelle 4 belegt, daß die Unionsparteien ebenso wie die Sozialdemokraten schon 1949 die Erfolge ihrer Vorgängerparteien von 1928 und Juli 1932 deutlich übertrafen. Dagegen erreichten weder die KPD noch die FDP ganz die Ergebnisse ihrer jeweiligen Vorgängergruppierungen bei den Reichstagswahlen.

Um feststellen zu können, ob es den Unionsparteien tatsächlich gelungen ist, in früheren Zentrums- und BVP-Diasporagebieten die Anhänger untergegangener bürgerlicher Parteien zu sammeln oder ob ihr Stimmenüberschuß in erster

Linie aus katholischen Regionen stammt, ist es notwendig, die Land- und Stadtkreise nach der Konfessionsstruktur getrennt zu betrachten.

Die so gewonnenen Durchschnittswerte erhellen das Bild beträchtlich: In katholischen Gebieten, d.h. Kreisen mit 1950 mehr als 66% katholischer Bevölkerung, konnte die Union 1949 nicht ganz die Zentrumswerte von 1928 und Juli 1932 wiederholen. Möglicherweise ist dies auf die Existenz zweier katholischer, regional begrenzter Konkurrenzparteien, der Deutschen Zentrumspartei und der Bayernpartei, zurückzuführen. Dagegen gelang es in den katholischen Gebieten sowohl der FDP als auch in ganz besonderem Maße der SPD, ihren Stimmenanteil von 1928 und 1932 zu übertreffen.

In den konfessionellen Mischgebieten und vor allem in den überwiegend protestantischen Kreisen mit mehr als 66% evangelischer Bevölkerung hingegen konnten die beiden Unionsparteien die Wahlerfolge von Zentrum und BVP buchstäblich vervielfachen. Obwohl der CDU/CSU-Anteil 1949 in den katholischen Gebieten rund doppelt so hoch lag wie in den protestantischen Kreisen ist unübersehbar, daß es der Union in der Tat schon sehr früh gelungen war, ihre Wählerbasis über das katholische Deutschland hinaus auszudehnen. Diese Verbreiterung ihrer territorialen und sozialen Basis stellte sicherlich eine der Grundvoraussetzungen für den schnellen Aufstieg der Union zur Mehrheitspartei in der Bundesrepublik dar.

Der FDP gelang es 1949 in den protestantischen Kreisen und den konfessionellen Mischgebieten nicht ganz, die kombinierten Stimmenanteile von DDP und DVP von 1928 zu wiederholen; doch erzielten die Liberalen auch in der Bundesrepublik dort noch immer größere Wahlerfolge als in den überwiegend katholischen Landesteilen. Schließlich belegt Tabelle 4, daß die in der Weimarer Republik immer wieder festgestellte geringere Wahlbeteiligung des katholischen Bevölkerungsteils (bzw. genauer: der katholischen Gebiete) in der Bundesrepublik nicht mehr zu beobachten ist. Ganz im Gegenteil wurde 1949 in den stärker protestantischen Kreisen etwas seltener gewählt als in katholischen Gegenden, obwohl die gemessenen Unterschiede nicht sehr hoch sind.

Kaum weniger interessant als die vorstehenden Probleme dürfte die Beantwortung der Frage sein, welche korrelativen Zusammenhänge zwischen den Wahlerfolgen der NSDAP 1932 und dem Abschneiden der verschiedenen Parteien bei der Bundestagswahl 1949 bestehen.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Zwar ist es richtig, wie Hirsch-Weber und Schütz (1957, 149ff.) schreiben, daß durch den zeitlichen Abstand und die enormen Bevölkerungsverschiebungen zwischen 1932 und 1949 Rückschlüsse auf Wählerwanderungen extrem fehlschlußgefährdet sind; aus diesem Grunde habe ich hier auch darauf verzichtet, sogenannte ökologische Regressionen zu berechnen, die es unter bestimmten Umständen ermöglichen, aus Verteilungen auf der Gebietsebene auf Zusammenhänge der individuellen Wählerebene zu schließen (vgl. Falter 1980); andererseits sollten die festgestellten korrelativen Zusammenhänge durch die Bevölkerungsverschiebungen eher niedriger (und damit gegebenenfalls hypothesenkonträr) ausfallen, so daß der Rückgriff auf ökologische Korrelationen doch nicht ganz nutzlos erscheint. Eine analoge

Tabelle 5 belegt, daß der statistische Zusammenhang von Unions- und NSDAP-Stimmen auf der Ebene aller in der Analyse berücksichtigten Landkreise stark negativ ist und daß sowohl die SPD- als auch die FDP-Stimmenanteile mit den NSDAP-Wahlerfolgen leicht bis mittelstark positiv korrelieren. Teilt man die Kreise wiederum nach dem Katholikenanteil auf und berechnet den statistischen Zusammenhang von NSDAP-Erfolgen 1932 und Parteianteilen 1949 innerhalb der drei Konfessionskategorien, so ergibt sich für die CDU/CSU und die SPD das auf den ersten Blick verblüffende, statistisch jedoch durchaus mögliche Phänomen, daß die über alles gemessenen Korrelationen innerhalb der Konfessionsklassen tendenziell verschwinden oder sich sogar im Vorzeichen umkehren.<sup>3</sup>

**Tab. 5:** Korrelation der NSDAP-Stimmenanteile vom Juli 1932 mit den Wahlerfolgen ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 1949 in Gebieten unterschiedlicher Konfessionsausprägung (Pearson's  $r$ )

	evangelische Gebiete	Mischgebiete	katholische Gebiete	über alles
CDU/CSU	-06	03	-18	-50
SPD	-22	-25	-07	26
FDP	-08	51	58	36
KPD	-55	-43	14	-12
REG	23	-19	-19	-41
RESP	15	-23	-37	25
NICHTW	-09	-04	46	19
n	188	115	146	449

Dies bedeutet, daß sich auf der Ebene der Landkreise keine eindeutig interpretierbaren Beziehungen von NSDAP-Stimmenanteilen 1932 und Wahlerfolgen der Bundestagsparteien 1949 nachweisen lassen. Zwar ergeben sich auf der Ebene aller Kreise in einer Reihe von Fällen positive statistische Zusammenhänge; doch verändern sich diese Korrelationen nach Kontrolle des Konfessionsfaktors so beträchtlich (im Falle der SPD werden sie sogar durchgängig

---

Argumentation gilt auch für die Aufgliederung sowohl der Weimarer als auch der bundesrepublikanischen Kreise nach der Konfession anhand der Volkszählungsdaten von 1950 (vgl. Tabelle 4).

<sup>3</sup> Aus Platzgründen möchte ich die Interpretation der in Tabelle 5 enthaltenen Informationen nicht weiter ausdehnen. Es kann nicht genug davor gewarnt werden, die auf der Aggregatenebene gemessenen Zusammenhänge zu interpretieren, als handele es sich um Individualbeziehungen, wie sie uns von der Meinungsforschung oder der amtlichen Repräsentativstatistik zur Verfügung gestellt werden. Mathematisch ist es durchaus möglich, wenn auch nicht unbedingt wahrscheinlich, daß 1949 die FDP auch dort, wo ihre Stimmenanteile hoch positiv mit denen der NSDAP von 1932 korrelieren, keinen einzigen ehemaligen NSDAP-Wähler gewinnen konnte. Es handelt sich hier wie im folgenden (mit Ausnahme von Kapitel 10) um Zusammenhänge der Gebietsebene, die auch so interpretiert werden wollen.

negativ), daß vor einfachen, häufig genug politisch motivierten Deutungen nicht eindringlich genug gewarnt werden kann.

So, wie sich die NSDAP-Erfolge parteipolitisch aus vielen verschiedenen Quellen speisten (vgl. Falter 1979, 1981), scheinen ihre ehemaligen Wähler nach 1945 verschiedenen politischen Ufern zugestrebt zu sein; wohin konkret und in welchem Ausmaße läßt sich anhand der hier ausgewerteten Daten nicht endgültig feststellen.<sup>4</sup>

---

## 6. Parteipolitische Korrelate des Wahlergebnisses

---

In diesem Abschnitt sollen die Zusammenhänge zwischen dem Abschnitten der wichtigsten Parteien bei der Bundestagswahl 1949 einerseits und ihren Stimmenanteilen bei den Landtagswahlen 1946/47 sowie der Bundestagswahl 1953 untersucht werden.

Wo die Union gut abschnitt, waren alle übrigen Parteien, mit Ausnahme der Regionalgruppen, tendenziell schwach. Dagegen lag die SPD im Mittel dort besser, wo – mit Ausnahme der Unions- und der Regionalparteien – auch die übrigen Gruppen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten. Hierbei sticht die relativ hohe positive Korrelation von SPD- und KPD-Anteilen ins Auge, die darauf hindeuten scheint, daß beide Parteien möglicherweise von der ökologischen Konzentration der gleichen Sozialfaktoren begünstigt bzw. benachteiligt wurden. Die FDP endlich war im Schnitt dort erfolgreicher, wo die Regionalparteien nicht zu reüssieren vermochten und umgekehrt.

Die – hier nicht tabellarisch dokumentierte – Aufgliederung der Parteiinterkorrelationen nach der konfessionellen Färbung der Kreise zeigt, daß in katholischen und evangelischen Gebieten ganz unterschiedliche Zusammenhänge gelten.<sup>5</sup>

So korrelieren beispielsweise in den katholischen Landstrichen CDU/CSU-Anteile und Regionalparteien hoch negativ miteinander, während in den protestantischen Gebieten praktisch keinerlei Zusammenhang zwischen den beiden

---

<sup>4</sup> Vielleicht helfen hier noch nicht ausgewertete Umfragen der amerikanischen Besatzungsbehörden und der ersten deutschen Umfrageinstitute weiter. Zwar gehörte nach dem Kriege die Wahl der NSDAP ohne Zweifel zu den tabuisierten Themen, doch äußerten bei einer Umfrage 1948 immerhin gut 50% der Befragten, daß sie 1933 die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus begrüßt hätten, vielleicht ein Indiz dafür, daß nach dem Kriege das Thema doch etwas weniger tabuisiert war als wir das heute annehmen (vgl. Noelle und Neumann 1956, 133).

<sup>5</sup> Am nächsten an den Durchschnittswerten für die ganze Bundesrepublik liegen die (hier nicht wiedergegebenen, aber ebenfalls berechneten) Koeffizienten für die konfessionell gemischten Kreise. Bei allen hier referierten ökologischen Korrelationen gilt es zu beachten, daß diese Korrelationen zwar notwendige, aber nicht hinreichende Indikatoren für territoriale Stabilität darstellen, da sie Niveaushiftungen der Parteien, wie sie z.B. im Falle der KPD auftraten, nicht berücksichtigen (vgl. Hoschka und Schunck 1977, 281 ff.).

Parteigruppierungen besteht. Hauptursache dieses Phänomens dürfte der unterschiedliche Konfessionscharakter der Regionalparteien in katholischen und evangelischen Kreisen sein; in den ersteren wandten sich die Bayernpartei und die Deutsche Zentrumspartei an die gleichen Bevölkerungsgruppen wie die CDU/CSU; in den letzteren waren zwar die Unionsparteien, nicht aber die katholischen Regionalgruppierungen erfolgreich, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird.<sup>6</sup>

**Tab. 6:** Interkorrelationen der Parteienteile 1949

	CDU/CSU	SPD	FDP	KPD	REG	RESP	NICHTW
CDU/CSU <sup>a)</sup>	-	-41	-34	-24	11	-27	-26
SPD		-	09	48	-42	19	-16
FDP			-	19	-43	-20	29
KPD				-	-27	-10	10
REG					-	-17	-35
RESP						-	-02

a) Zelleingänge: Pearson's r; berechnet aufgrund gewichteter Fälle (vgl. Tabelle 3).

Bei der Betrachtung von Tabelle 7, die den Zusammenhang zwischen den Stimmanteilen ausgewählter Parteien bei den Landtagswahlen 1946/47 und den Bundestagswahlen 1949 wiedergibt, fällt auf, daß die KPD mit deutlichem Abstand vor SPD, FDP und CDU/CSU die höchste territoriale Konstanz der Wähleranteile aufweist; wo sie 1946/47 stark war, erzielte sie auch 1949 überdurchschnittliche Erfolge; und dort, wo sie schon 1946/47 schwach geblieben war, konnte sie auch 1949, bei insgesamt ohnehin gesunkenem Stimmenanteil, keine großen Erfolge feiern.

**Tab. 7:** Interkorrelation der Parteienteile 1946/47 und 1949

Landtagswahlen 1946/47								
Bundes- tagswahl 1949		CDU/CSU	SPD	FDP	KPD	REG	RESP	Wahlbet.
	CDU/CSU <sup>a)</sup>	70	-60	-41	-21	13	-05	01
	SPD	-55	77	10	49	-14	09	15
	FDP	-27	25	75	13	-32	03	03
	KPD	-34	31	22	95	-07	13	20
	REG	44	-38	-44	-25	46	-03	16
	RESP	-34	19	-08	-06	-01	13	-23
	Wahlbet.	30	10	-33	-09	21	-02	44

a) Zelleingänge: Pearson's r; berechnet aufgrund gewichteter Fälle (vgl. Tabelle 3).

<sup>6</sup> Die für die Bundestagswahl 1949 beobachteten Divergenzen zwischen den katholischen und den evangelischen Kreisen finden eine Entsprechung in den hier ebenfalls nicht referierten Korrelationen zwischen den Prozentanteilen der verschiedenen Parteien 1932 und 1949 in Gebieten unterschiedlicher Konfessionsfärbung. Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß – zumindest auf der Ebene der ökologischen Stabilität der Parteien – je nach konfessioneller Zusammensetzung der Wählerschaft unterschiedliche Mechanismen wirksam waren.

Erheblich geringer als bei den vier zuerst von den Besatzungsmächten zugelassenen Parteien war die territoriale Stabilität der Regionalgruppen und der rechten Splitterparteien. Dies ist jedoch vor allem darauf zurückzuführen, daß 1946/47 noch nicht alle Parteien, darunter auch die Bayernpartei und die DReP/DKP, kandidierten, die sich 1949 zur Wahl stellten.

Wie bereits angesprochen, erfolgte der große Sprung zur Konsolidierung des Parteiensystems anläßlich der Bundestagswahl 1953. Schienen noch in der zweiten, zwischen 1949 bis 1952 erfolgenden Serie von Landtagswahlen die zentrifugalen Kräfte das Übergewicht zu bekommen und eine ähnliche Zersplitterung der Parteiensysteme zu produzieren, wie sie für die Weimarer Republik charakteristisch war, so ging 1953 die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien von 11 auf 6 zurück, stieg der gemeinsame Anteil von CDU/CSU, SPD und FDP an den abgegebenen gültigen Stimmen von 72,1% auf 83,5% (heute liegt er bei 98%).

Die ökologische Analyse der Wählerbewegungen abschließen soll ein Blick auf den Zusammenhang der Stimmenanteile von 1949 und 1953 (vgl. Tabelle 8). Die Interkorrelationen der Parteienteile entsprechen sowohl was die Vorzeichen als auch was die Größenordnungen der einzelnen Koeffizienten angeht weitgehend den für 1946/47 und 1949 ermittelten Werten.

Tab. 8: Interkorrelation der Parteienteile 1949 und 1953

		Bundestagswahl 1949						
Bundes- tagswahl 1953		CDU/CSU	SPD	FDP	KPD	REG	RESP	Wahlbet.
	CDU/CSU <sup>a)</sup>	64	-43	-30	-28	28	-15	20
	SPD	-47	86	17	57	-40	15	05
	FDP	-30	08	85	14	-43	-11	-30
	KPD	-25	36	26	87	-32	-09	-20
	REG	00	33	27	-19	74	-16	22
	RESP	-34	12	-03	-17	-17	33	-11
	Wahlbet.	05	-01	-05	-09	07	02	15

a) Zelleingänge: Pearson's  $r$  berechnet aufgrund gewichteter Fälle (vgl. Tabelle 3).

Die Ausdehnung der Unionsparteien um fast 50% ihres Wähleranteils von 1949 schlägt sich in dem deutlich geringeren Stabilitätskoeffizienten von 0,64 nieder; er ist ein Hinweis darauf, daß es der CDU/CSU 1953 gelang, in Gebieten Wähler hinzuzugewinnen, in denen sie bisher noch nicht so stark war. Um welche Gebiete es sich hierbei handelte, soll unmittelbar anschließend, in der sozialökologischen Analyse der Wahlergebnisse, untersucht werden.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, daß die etablierten Parteien bereits sehr früh nach dem Kriege eine feste territoriale Basis erobern konnten und daß diese Hochburgen und Diasporagebiete der einzelnen Gruppierungen weitestgehend die räumliche Verteilung der Stimmenanteile ihrer Vorgängerparteien in der Weimarer Republik widerspiegeln. Weiter fällt auf, daß der statistische Zusammenhang zwischen den Wahlen von 1932 und 1949 etwa gleich hoch lag wie die Korrelationen von 1946/47 mit 1949 und 1949 mit 1953, ein deutliches

Indiz für die das 3. Reich und die Nachkriegszeit überdauernde, erstaunlich hohe territoriale Kontinuität des deutschen Wählerverhaltens.

## 7. Ökologische Sozialstrukturanalyse des Wahlergebnisses

Zu den stärksten Determinanten des westdeutschen Wählerverhaltens zählt bis heute die Konfession. Dies gilt nicht nur für die Individual-, sondern auch für die Aggregatebene.

Zwar gelang es der Union als überkonfessioneller Sammelbewegung, nicht nur in den überwiegend katholischen Regionen die Nachfolge von Zentrum und BVP anzutreten, sondern auch in protestantischen Gegenden nennenswerte Wahlerfolge zu erzielen, doch blieb ihr Stimmenanteil, wie wir gesehen haben, dort weit hinter dem in katholischen Kreisen zurück. Ich will im folgenden diese Analyse weiter fortführen, indem ich zunächst den Einfluß sozialer Faktoren auf das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1949 betrachte und dabei die Entwicklung bis zur Bundestagswahl 1953 in meine Überlegungen einbeziehe.<sup>7</sup>

Tab. 9: Der religiöse Faktor

	katholisch <sup>a)</sup>		gemischt <sup>b)</sup>		evangelisch <sup>c)</sup>	
	1949	1953	1949	1953	1949	1953
CDU/CSU	43.3 <sup>d)</sup>	59.9	32.0	45.0	20.3	35.3
SPD	21.2	21.0	30.9	32.2	32.3	32.7
FDP	7.3	6.0	11.2	9.3	14.8	12.2
KPD	3.9	2.1	8.2	4.6	5.6	3.2
REG	15.7	6.1	5.0	1.5	2.1	0.9
RESP	0.5	0.8	1.1	0.9	2.8	2.0
n	194	194	111	111	249	249

a) > 60% Katholiken

b) > 35-60% Katholiken

c) 0-35% Katholiken; Schnittpunkte zwischen den Kategorien wie bei Conradt 1972; 1973

d) Zellbesetzungen: Parteianteile in Prozent der gültigen Stimmen

### 7 a) Konfessionelle Einflüsse

Die Unionsparteien waren sowohl 1949 als auch 1953 in den katholischen Gebieten eindeutig stärker als in den gemischt-konfessionellen und protestantischen Kreisen: In Gebieten mit mehr als 60% Katholiken lag der Stimmenan-

<sup>7</sup> Damit soll der Anschluß an einige andere Längsschnittanalysen der deutschen Wahlentwicklung gesucht werden. Für einen derartigen Anschluß bietet sich vor allem die Aggregatdatenanalyse von David Conradt (1972, 1973) an, der in einigen seiner Tabellen bis zur Bundestagswahl 1957 zurückgeht. Aus diesem Grunde mußten die Variablen wie bei Conradt operationalisiert werden, was im Falle des Merkmals „Konfession“ leicht verschobene Schnittpunkte nach sich zieht.



teil von CDU und CSU 1949 im Mittel um 23 Prozentpunkte höher als in Regionen mit mehr als 60% Protestanten; 1953 betrug der Vorsprung sogar knapp 25 Prozentpunkte. Die gemischt-konfessionellen Gebiete produzierten bei beiden Wahlen in etwa durchschnittliche CDU/CSU-Anteile. Die stärkste Zunahme erzielte die Union zwischen 1949 und 1953 in ihren katholischen Hochburgen, den geringsten Stimmenzuwachs verzeichnete sie in den gemischt-konfessionellen Gebieten. Trotz dieser Zunahme sank der Korrelationskoeffizient von Katholiken- und Unionsanteilen von 0,66 im Jahre 1949 auf 0,54 im Jahre 1953 (vgl. Tabelle 12), ein Hinweis darauf, daß der absolut gesehen stärkste Zuwachs der Unionsparteien in den sowohl einwohnermäßig größeren als auch numerisch zahlreicheren protestantischen und gemischt-konfessionellen Landstrichen erfolgte.

Das konfessionelle Profil der SPD erwies sich als nicht so ausgeprägt wie das der CDU/CSU: Nicht nur die Korrelation mit dem Katholikenanteil ( $-0,55$  bzw.  $-0,52$ ), sondern auch die Differenzen zwischen den Kreistypen lagen im Falle der SPD bei beiden Wahlen niedriger als die der Unionsparteien. In den konfessionell gemischten Kreisen zeigte sich die SPD praktisch genauso stark wie in den protestantischen Gebieten. Dies deutet darauf hin, daß die SPD-Wahlerfolge 1949 wie 1953 zwar durch einen hohen Katholikenanteil erschwert, nicht jedoch in gleichem Maße durch einen hohen Protestantenanteil begünstigt worden sind. Zwischen den beiden ersten Bundestagswahlen gab es ferner prozentuale Veränderungen in den konfessionell definierten Kreistypen; lediglich in den „gemischten“ Bezirken erfolgte eine gewisse Angleichung des SPD-Stimmenanteils an die protestantischen Kreise.

Dagegen schwankte der Anteil der FDP erheblich stärker mit dem Konfessionsanteil: Relativ am erfolgreichsten war die FDP 1949 und 1953 in den evangelischen, relativ am schwächsten in den katholischen Kreisen; in den gemischt-konfessionellen Gebieten lag ihr Stimmenanteil nahe am Bundesdurchschnitt. Die relativen Stimmenverluste der Liberalen zwischen 1949 und 1953 schließlich verliefen in den drei Kreistypen mit 17 bzw. 18% gleichmäßig.

## 7 b) Der Einfluß der Wirtschaftsstruktur

Die Aufgliederung der Wahlergebnisse nach der sozialökonomischen Struktur der Landkreise erbringt ähnlich klare Beziehungen wie der Religionsfaktor. Die relativ größten Wahlerfolge konnten die Unionsparteien 1949 in den Agrargebieten erzielen: am schlechtesten schnitten sie in den städtischen Dienstleistungszentren, d.h. Gebieten mit einem hohen Anteil an Beamten und Angestellten, ab, während ihr Stimmenanteil in den Industriegebieten in etwa dem Bundesdurchschnitt der beiden Parteien entsprach. Analoge Verteilungen, wenn auch auf erheblich höherem prozentualen Niveau, ergaben sich 1953.

Der enorme Aufstieg der Unionsparteien bei der zweiten Bundestagswahl erfolgte dabei in allen drei sozialökonomischen Kategorien praktisch linear. Im Vergleich zum Religionsfaktor scheint allerdings die Determinationskraft des sozialökonomischen Faktors erheblich geringer gewesen zu sein: Die Prozentpunktdifferenz der Unionsanteile in der für sie günstigsten und ungünstigsten Ausprägung des Faktors beträgt 1949 gerade 12,3 (gegenüber 23,0 im Falle des Religionsfaktors). Die Korrelation des CDU/CSU-Anteils mit dem Prozentsatz der Erwerbspersonen im Agrarsektor liegt bei 0,28 (1949) bzw. 0,24 (1953). Mit dem Prozentsatz der Angestellten und Beamten korreliert der CDU/CSU-Anteil analog nur schwach negativ (−0,22 bzw. −0,18).

Gerade umgekehrt zu den Wahlerfolgen der Union in den sozialökonomischen Kreiskategorien verhalten sich die Stimmenanteile der SPD: Sie sind in den agrarischen Bezirken am schwächsten und liegen mit – gemessen am Bundesdurchschnitt – leicht erhöhten Prozentanteilen in den Dienstleistungs- und Industriezentren sowohl 1949 als auch 1953 in etwa gleichauf. Die Veränderungen zwischen diesen beiden Wahlen sind wiederum äußerst gering, ähnlich wie im Falle des Religionsfaktors.

Entsprechend sind die Korrelationen, die mit dem Anteil der Selbständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der Erwerbspersonen im Agrarsektor hoch negativ und mit dem Prozentsatz der Arbeiter, der Angestellten und Beamten und der Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe sowie in Handel und Verkehr leicht positiv ausfielen. Im Gegensatz zur Union nahmen diese Korrelationen bei der Bundestagswahl 1953 sogar noch leicht zu, was darauf hindeutet, daß das ökologische Sozialprofil der SPD 1953 ausgeprägter, das der Union dagegen etwas weniger ausgeprägt war als 1949.

Tab. 10: Der soziale Faktor

	Städtische Dienstleistungszentren		Industriezentren		Landbezirke	
	1949	1953	1949	1953	1949	1953
CDU/CSU	24.1 <sup>a)</sup>	40.3	29.2	43.9	36.4	52.7
SPD	29.6	30.9	31.1	31.5	20.3	18.7
FDP	13.5	10.4	10.1	8.8	9.9	8.2
KPD	7.1	4.1	6.3	3.6	2.2	1.4
REG	5.8	2.4	6.7	2.4	12.5	4.8
RESP	1.5	1.5	2.2	1.1	1.3	1.8
n	105 <sup>a)</sup>	105	339 <sup>b)</sup>	339	127 <sup>c)</sup>	127

a) Kreise mit einem Angestelltenanteil von > 30%

b) Kreise mit einem Arbeiteranteil von > 48%

c) Kreise mit einem Anteil der Bauern unter den Erwerbspersonen von > 25%. Schnittpunkte zwischen den Kategorien nach Conradt 1972, 1973. Die Gesamtzahlen der Kreise in Tabelle 10 und 11 entsprechen sich wegen einiger Überschneidungen nicht.

d) Zellbesetzungen: Parteianteile in Prozent der gültigen Stimmen

Letzteres trifft auch für die Freien Demokraten zu, deren Hochburgen 1949 und 1953 in den Dienstleistungszentren lagen. In den Industriegebieten und den

ländlichen Bezirken hingegen erhielten die Liberalen leicht unterdurchschnittliche Wahlerfolge. Ihr Stimmenrückgang 1953 war in allen drei Gebieten etwa gleich hoch, so daß das – auf der Aggregatebene nicht besonders ausgeprägte – sozial-ökonomische Profil der FDP bei der zweiten Bundestagswahl weitgehend erhalten blieb.

Die vorstehende Analyse hat gezeigt, daß die Parteien sowohl 1949 als auch 1953 in Gebieten unterschiedlicher sozialer und konfessioneller Struktur erheblich voneinander abweichende Stimmenanteile erreicht haben. Die Kombination beider Merkmale, die wiederum analog zu Conradt (1972, 1973) erfolgt, dient vor allem dazu, „realistischere“ sozialökologische Umfeldfaktoren zu gewinnen, durch die sich das Wahlverhalten adäquater erfassen läßt als durch die Kreuztabellierung nur zweier Merkmale.

### 7 c) Der Einfluß der sozialökologischen Milieus

Tabelle 11 belegt, daß bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 die Unionsparteien jeweils in den katholischen Landgebieten am besten und in den städtischen und ländlichen protestantischen Regionen am schlechtesten abschnitten.

Die SPD-Hochburgen lagen bei beiden Wahlen in den städtischen und industriellen nicht-katholischen Gebieten. Als ausgesprochene SPD-Diaspora erwiesen sich jeweils die katholischen Landbezirke.

Die FDP-Hochburgen lagen sowohl in den städtischen Dienstleistungszentren als auch in den ländlichen Regionen des protestantischen Deutschlands. In katholischen Gebieten dagegen, vor allem solchen überwiegend agrarischen Charakters, blieb die FDP weit hinter ihrem jeweiligen Bundesdurchschnitt zurück.

Der starke Einfluß der Konfessionsstruktur ist, unabhängig von der sozial-ökonomischen Ausprägung der Gebietseinheiten, unübersehbar. Umgekehrt hat aber auch der Sozialfaktor über die Konfessionskategorien hinweg einen insgesamt zwar etwas schwächeren, dennoch aber bedeutenden Einfluß auf die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1949 und 1953 ausgeübt. Mit Ausnahme des leicht überdurchschnittlichen Anstiegs der CDU/CSU in den katholischen Landbezirken verliefen die Verschiebungen zur Union hin und weg von der FDP, der KPD und den Regionalparteien mit nur ganz geringen Abweichungen vom jeweiligen Durchschnitt praktisch linear. Um ein „Realignement“ im strengen Sinn des Wortes, d.h. um eine tiefgreifende Umschichtung der Wählerloyalitäten und die Etablierung neuer Bündnisse zwischen sozialen Gruppen und bestimmten Parteien, wie sie vom Konzept der „Critical Elections“ gefordert werden, handelt es sich folglich bei der Bundestagswahl 1953 nicht. Da jedoch die Zugewinne der beiden Unionsparteien zwar linear über alle Gruppen hinweg erfolgten (dies belegt auch die Umfrageforschung, vgl. Tennstädt 1957; Linz 1959), jedoch bemerkenswert stabil blieben und die Machtverteilung zwischen den Parteien für eineinhalb Jahrzehnte festgeschrieben, stellt wohl die

Bundestagswahl von 1953 tatsächlich eine – in dieser Form vom Konzept nicht vorgesehene – „kritische Wahl“ dar, mit der „die Parteienstruktur der Bundesrepublik neu geordnet (wurde)“ (Hoschka und Schunck 1977: 280).

Tab. 11: Die sozialökonomischen Milieus

	CDU/CSU		SPD		FDP		KPD		REG		n <sup>b)</sup>
	1949	1953	1949	1953	1949	1953	1949	1953	1949	1953	
städtisch-katholisch <sup>a)</sup>	30.4 <sup>c)</sup>	46.2	24.4	26.1	9.9	7.4	6.3	3.4	12.3	5.0	34
städtisch-gemischt	28.6	44.6	30.9	30.5	12.0	9.4	9.5	5.2	3.6	0.7	20
städtisch-protestantisch	18.2	34.7	32.5	34.1	16.5	12.7	6.7	4.6	2.4	1.3	51
industriell-katholisch	40.7	56.4	24.8	24.5	7.1	6.2	4.7	2.4	14.0	5.1	96
industriell-gemischt	30.7	43.7	32.6	34.6	9.7	8.3	9.3	5.1	5.9	1.8	85
industriell-protestantisch	21.4	36.5	34.1	34.0	12.1	10.5	5.6	3.4	2.7	1.2	158
ländlich-katholisch	46.6	64.8	16.0	14.4	6.0	4.6	2.0	1.1	20.6	8.0	70
ländlich-gemischt	40.4	52.8	22.9	21.2	14.4	12.1	2.6	2.1	3.9	0.9	13
ländlich-protestantisch	18.8	33.2	26.3	24.9	14.7	12.7	2.5	1.6	2.2	0.9	44

a) Die Schnittstellen zwischen den Kategorien sind die gleichen wie in den Tabellen 10 und 11, d.h. in der Kategorie „städtisch-katholisch“ sind alle Kreise mit mehr als 30% Angestellten und mehr als 60% Katholiken zusammengefaßt etc.

b) Wegen einiger Überlappungen, die bei Conradt 1972 nicht auftreten, da dieser sich auf die Volkszählung 1961 stützt und Wahlkreise verwendet, ist die Zahl der Fälle um 18 höher als eigentlich zulässig. Aus Vergleichsgründen habe ich dennoch diese doppelt gezählten Fälle im Datensatz belassen, was sich insofern nicht als tragisch erwies, als sich die Mittelwerte der einzelnen Variablen nach Entfernung der doppelten Fälle typischerweise erst ab der zweiten Stelle hinter dem Komma zu verändern begannen.

c) Zellbesetzungen: Parteianteile in Prozent der gültigen Stimmen.

## 7 d) Die Überlagerung sozialstruktureller Einflußfaktoren

Die in Tabelle 12 referierten Koeffizienten stellen einen Auszug aus zwei erheblich umfangreicheren Korrelationsmatrizen mit insgesamt 38 Volkszählungs- und Parteivariablen dar, die u.a. einer Faktorenanalyse unterzogen wurden. Eine Zusammenfassung der Resultate bietet Tabelle 13, wo die Ladungen der wichtigsten Parteien auf den fünf extrahierten Faktoren dargestellt werden; die Ladungswerte sind wie normale Produkt-Moment-Korrelations-Koeffizienten zu interpretieren; sie geben den statistischen Zusammenhang der verschiedenen Parteivariablen mit den fünf Faktoren wieder.

So läßt beispielsweise der SPD-Stimmenanteil 1949 auf Faktor 2 hoch negativ. Faktor 2 ist wiederum aufgrund der Ladungen der verschiedenen Volkszählungsvariablen zu interpretieren. Er repräsentiert die Dimension „Agrargebiete

vs. Produktions- und Dienstleistungszentren“. Ferner lädt der SPD-Wähleranteil auf Faktor 4, der die Dimension „Evangelisches Flüchtlingsmilieu“ abbildet, mäßig positiv. In Gebieten also, in denen viele in der Landwirtschaft tätige Selbständige und mithelfende Familienangehörige, aber auch relativ viele Vertriebene wohnten, wo besonders viele Frauen in den Arbeitsprozeß eingegliedert waren und wo es im Gegenzug kaum im produzierenden Gewerbe oder im Einzelhandel Beschäftigte sowie nur wenige Angestellte und Beamte gab, schnitt die SPD (ebenso übrigens die KPD) bei der Bundestagswahl 1949 relativ schlecht ab. Dagegen erzielte sie in Regionen mit vielen DDR-Flüchtlings und Heimatvertriebenen und wenig Katholiken recht gute Wahlerfolge.

Die CDU/CSU wiederum erreichte in diesen Gebieten, ebenso wie in den Dienstleistungszentren (Faktor 3), nur unterdurchschnittliche Ergebnisse. Sie verbuchte 1949 ihre besten Wahlerfolge in katholischen Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung und wenig Vertriebenen (Faktor 5).

Tab. 12: Einige sozialstrukturelle Korrelate des Wahlergebnisses

	CDU/CSU		SPD		FDP		KPD		REG		Wahlbet.	
	1949	1953	1949	1953	1949	1953	1949	1953	1949	1953	1949	1953
Katholiken	66 <sup>a)</sup>	54	-55	-52	-36	-37	-18	-25	57	40	21	04
Selbständige	29	25	-66	-64	05	07	-58	-49	24	21	-06	04
Mithelfende	35	28	-58	-60	-02	02	-63	-54	23	16	08	07
Arbeiter	-06	-08	25	27	-23	-14	24	15	01	-01	06	-01
Ang./Beamte	-22	-18	21	27	11	06	38	35	-14	-10	-27	-09
Rentnerhaus. <sup>b)</sup>	-14	-08	24	20	10	03	15	16	-12	-09	08	01
Ep. prod. Gew.	00	-07	25	34	-07	-01	49	42	-05	-05	-01	-04
Ep. Landwirt. <sup>c)</sup>	28	24	-53	-57	-10	-05	-69	-62	23	16	13	08
Ep. Handel/ Verkehr	-21	-18	22	27	07	03	35	30	-12	-10	-24	-09
DDR-Flüchtl.	-27	-15	37	24	-28	-23	-12	-15	-21	-18	07	04
Heimatvertr.	-28	-08	-09	-19	-17	-17	-55	-54	18	18	21	10
Wahlbeteil.	24	71	16	28	-27	16	-10	01	34	60	100	100

a) Korrelationen (Pearson's r) berechnet aufgrund vorab gewichteter Fälle. Daten aus dem Kaase-Schleth-Datensatz; Katholikenanteil etc. entsprechen der Volkszählung 1950. Wegen der Gewichtungszurprozedur unterscheiden sich die Korrelationskoeffizienten von den bei Kaase 1970 referierten Werten. Aber auch ohne Gewichtung gelang es mir nur annäherungsweise, die Werte von Kaase 1970 zu replizieren; größenordnungsmäßig lagen die von mir errechneten ungewichteten Koeffizienten und die von Kaase berichteten Werte allerdings nahe beieinander.

b) Berufszugehörige aus Rentner- und Pensionärshaushalten etc.

c) Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft etc. (Zu den genauen Variablenbezeichnungen s. das Codebuch des Kaase-Schleth-Datensatzes bzw. die Angaben im Zusammenhang mit der Volkszählung 1950).

Hier konnte die FDP ganz und gar nicht reüssieren. Die KPD erzielte vor allem in Gebieten mit einem hohen Anteil von Erwerbspersonen im tertiären Sektor (Faktor 3) recht gute Wahlerfolge, schnitt dafür aber im evangelischen Flücht-

lings- und Vertriebenenmilieu (Faktor 4), wo die SPD als einzige Partei überdurchschnittlich erfolgreich war, umso schlechter ab.

Die Regionalparteien endlich erwiesen sich lediglich in den katholischen Bezirken mit niedrigem Vertriebenenanteil und hoher Wahlbeteiligung (Faktor 5) sowie in den Agrargebieten (Faktor 2) als überdurchschnittlich erfolgreich.<sup>8</sup>

Tab. 13: Die Ladungen der Parteien auf fünf wichtigen Faktoren<sup>a)</sup>

	Faktor 1 <sup>b)</sup>	Faktor 2 <sup>c)</sup>	Faktor 3 <sup>d)</sup>	Faktor 4 <sup>e)</sup>	Faktor 5 <sup>f)</sup>	h <sup>2</sup>
CDU/CSU	12	09	-33	-55	34	55
SPD	-03	-68	04	37	-01	59
FDP	-10	-03	08	-15	-71	55
KPD	11	-73	23	-21	-12	65
REG	01	39	21	-22	66	68
WAHLBET	-13	-03	-20	-01	74	61

a) Hauptkomponentenanalyse, Varimaxrotation mit orthogonalen Faktoren (die oblique Rotation lieferte fast identische Resultate mit allerdings im Mittel etwas höheren Ladungen); willkürliches Abbruchkriterium bei einer Varianzreduktion von <5%. Kreise vorab gewichtet.

b) Faktor 1 (Industrie- und Dienstleistungsmilieu): Positiv (> 0,3) laden Arbeiter (0,86), Erwerbspersonen allgemein, Ep im produzierenden Gewerbe, Erwerbstätige in Energie und Produktion, Et in der verarbeitenden Industrie; negativ laden (> 0,3) Berufszugehörige Rente, Personen über 65.

c) Faktor 2 (Agrargebiete vs. Produktions- und Dienstleistungszentren): Positiv laden Mithelfende Familienangehörige (0,86), Ep in der Landwirtschaft, weibliche Ep, Kinder unter 6 Jahren, Heimatvertriebene, weibliche Ep im produzierenden Gewerbe, Kinder zwischen 6 und 15 Jahren; negativ laden EP im produzierenden Gewerbe, Et im Einzelhandel, Beamte und Angestellte, Berufszugehörige Rente.

d) Faktor 3 (Dienstleistungszentren vs. ländliche Regionen): Positiv laden Et im Großhandel (0,76), Einpersonenhaushalte, Angestellte und Beamte, Ep in Handel und Verkehr, Et im Handwerk, Ep im öffentlichen Dienst und Dienstleistungsberufen, weibl. Ep im produzierenden Gewerbe; negativ laden Kinder von 6 bis 15 Jahren, Auspendler, Ep in der Landwirtschaft, Kinder unter 6 Jahren, mithelfende Familienangehörige.

e) Faktor 4 (evangelisches Flüchtlingsmilieu): Pos. laden DDR-Flüchtlinge (0,85), weibliche Ep im öffentlichen Dienst und Dienstleistungsberufen, Heimatvertriebene; negativ laden Katholiken.

f) Faktor 5 (Katholische Gebiete mit hoher Wahlbeteiligung und wenig Vertriebenen): Pos. laden Wahlbeteiligung (0,82), abgegebene gültige Stimmen, Katholikenanteil; negativ laden Personen über 65 und Heimatvertriebene.

<sup>8</sup> Die für 1946/47 und für 1953 ermittelten Faktoren erwiesen sich im großen und ganzen, von einigen kleineren Modifikationen abgesehen, als äquivalent zu den Faktoren für 1949. Dennoch erschweren diese Modifikationen den Vergleich der Ladungsmuster der Parteien zwischen 1949 und 1953. Von wenigen Ausnahmen abgesehen erwiesen sie sich aber als sehr stabil.

---

## 8. Ein Kausalmodell der Wahlergebnisse 1949 und 1953<sup>9</sup>

---

Im folgenden werden die bisher isoliert betrachteten Zusammenhänge zwischen den einzelnen Einflußfaktoren in einem Kausalmodell mit latenten Variablen, einem sogenannten LV-Pfadmodell, dargestellt.

Die Parameterschätzung erfolgt in diesem Modell nach der Partial-Least-Squares-Methode (vgl. Wold 1980). Wie das bekanntere LISREL-Verfahren von Jöreskog, das nach der Maximum-Likelihood-Methode arbeitet, stellt die LV-Pfadanalyse mit PLS-Schätzung eine Kombination von Faktoren- und Pfadanalyse dar. Aus einer Reihe von Indikatoren, den manifesten Variablen, werden latente Variablen konstruiert, die analog zu den Faktoren der Faktorenanalyse zu interpretieren sind (vgl. Lohmöller 1981).

Ähnlich wie bei der Faktorenanalyse werden die Beziehungen der Indikatoren mit den dazugehörigen latenten Variablen durch Faktorenladungen und Faktorengewichte repräsentiert (Tabelle 15). Die im folgenden nicht gesondert dokumentierten Faktorenladungen sind die Gewichte zur Vorhersage der manifesten Variablen aus den latenten Variablen.

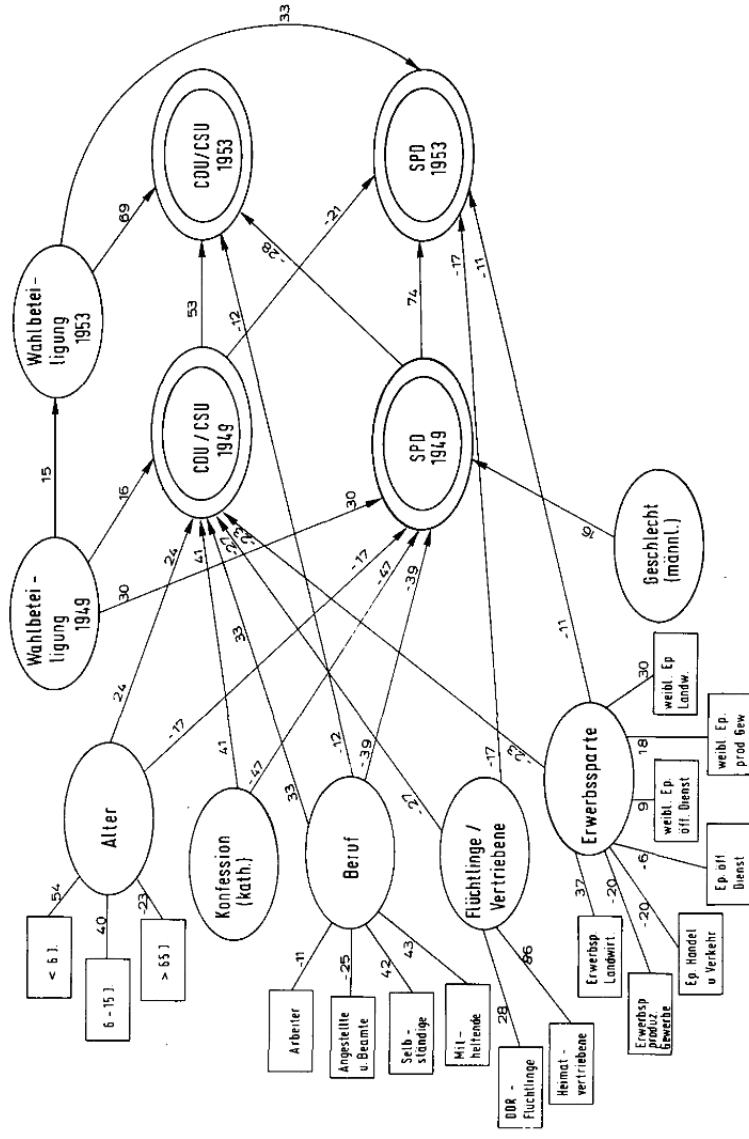
Im speziellen Falle des hier vorgestellten Modells sind sie identisch mit den Korrelationen von manifesten und latenten Variablen. Die Faktorengewichte stellen, analog zu den Beta-Koeffizienten in der Regressionsanalyse, die Gewichte der jeweiligen manifesten Variablen für die Vorhersage der latenten Variablen dar. Entsprechend den standardisierten Regressionskoeffizienten können sie bei Multikollinearität (d.h. Interkorrelation) der Indikatoren im Vergleich zu den Faktorenladungen sehr niedrige Werte annehmen oder sogar das Vorzeichen wechseln.

Die Beziehungen der latenten Variablen untereinander werden durch Pfadkoeffizienten ausgedrückt, die sowohl die Richtung als auch das Gewicht angeben, das eine latente Variable als Prädiktor einer zweiten latenten Variablen unter Berücksichtigung des Beitrags der übrigen Prädiktoren aufweist. Diese Pfadkoeffizienten werden für die hier konstruierten fünfzehn latenten Variablen (von denen allerdings aus Gründen der Übersichtlichkeit nur zwölf im Kausaldiagramm Aufnahme gefunden haben) zusammen mit den Faktorinterkorrelationen und den inneren Residualkovarianzen in Tabelle 15 wiedergegeben. In Abbildung 1 beschreiben sie die Beziehungen zwischen den durch Ellipsen repräsentierten abhängigen und unabhängigen latenten Variablen.

---

<sup>9</sup> Ich möchte J.-B. Lohmöller, HSBw München, für seine Hilfe bei der Durchführung der LV-Pfadanalyse danken.

Abb. 1: Ein Pfadmodell des Geflechts der Einflußfaktoren bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 [standardisierte Version]





In den eckigen Kästchen sind ferner die manifesten Variablen zusammen mit ihrem jeweiligen Faktorengewicht aufgeführt, so daß aus dem Kausaldiagramm nicht nur die Beziehungen der latenten Variablen untereinander, sondern auch ihre Zusammenhänge mit den sie konstituierenden Indikatoren direkt abgelesen werden können.

Um das Einflußmodell einigermaßen überschaubar und interpretierbar zu gestalten, wurden bei der Berechnung des endgültigen Modells sämtliche Pfadkoeffizienten des ursprünglichen Modells mit Werten von  $<0,10$  auf Null gesetzt (vgl. Lohmöller in: Bartl, Unverdorben und Lohmöller 1981: 45). Die Interpretation der unabhängigen latenten Variablen, die im Schaubild durch die etwas kleineren Ellipsen dargestellt sind, erfolgt mit Hilfe der Faktorenladungen bzw. der Faktorengewichte der sie konstituierenden Indikatoren. Die abhängigen latenten Variablen, die durch die etwas größeren Ellipsen symbolisiert werden, sind analog zu den unabhängigen latenten Variablen zu interpretieren.

Im Falle der latenten Variablen „CDU/CSU“, „SPD“ und „Wahlbeteiligung“ (jeweils für 1949 und 1953) sowie „Geschlecht“ und „Konfession“, die durch nur einen Indikator operationalisiert wurden, decken sich latente und manifeste Variable.

Die übrigen latenten Variablen fassen die in sie eingeflossenen Indikatoren zu einer gemeinsamen Dimension zusammen. So laden beispielsweise auf der latenten Variablen „Beruf“ die Indikatoren „Selbständigenanteil“ und „Prozentsatz der mithelfenden Familienangehörigen“ positiv, während die manifesten Variablen „Arbeiteranteil“ und „Prozentsatz der Angestellten und Beamten“ negativ auf ihr laden.

Der Faktor „Beruf“ drückt folglich auf seinem positiven Pol den Anteil des alten Mittelstandes und auf seinem negativen Pol den Anteil des neuen Mittelstandes und der Arbeiter aus. Die Interpretation der übrigen latenten Variablen hat analog zu erfolgen. So ist der Faktor „Alter“ im Sinne von hohem Kinderanteil und geringem Altenanteil zu deuten, der Faktor „Konfession“ als hoher Katholikenanteil etc.

Lediglich die latente Variable „Erwerbssparte“ ist nicht so eindeutig interpretierbar wie die übrigen Faktoren. Sie wird auf ihrem positiven Pol sowohl vom Prozentsatz der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft als auch der weiblichen Erwerbspersonen allgemein geprägt, während sie auf ihrem negativen Pol Erwerbspersonen im sekundären und tertiären Sektor aufweist.

Wie ist das Ergebnis dieser zugegebenermaßen rechnerisch recht komplexen Kombination von Pfad- und Faktorenanalyse zu interpretieren? Im Grunde bestätigt und erhellt sie die Resultate der weiter oben geschilderten Faktoren- und Korrelationsanalysen, hat aber gegenüber diesen den Vorteil, ein gerichtetes Pfadmodell zu präsentieren, bei dem die Effekte der jeweils anderen als der gerade betrachteten Faktoren auspartialisiert worden sind. Die ebenfalls vorhandenen Interkorrelationen der unabhängigen latenten Variablen wurden im

Kausaldiagramm beiseite gelassen, um nicht unnötig zusätzliche Komplexität zu produzieren, nachdem sich die herangezogenen unabhängigen Faktoren wohl kaum in einen theoretisch zwingenden Kausalzusammenhang einordnen lassen (vgl. hierzu die Residualkovarianzen in Tabelle 15).

Die Analyse der Beziehungen zeigt, daß die Wahlerfolge der Union 1949 positiv abhingen von den Variablen „Konfession“, „Beruf“, „Alter“ (oder besser: Kinderanteil) und „Wahlbeteiligung“. Negativ beeinflusst wurde der CDU/CSU-Stimmenanteil von den Faktoren „Flüchtlinge und Heimatvertriebene“ und „Erwerbssparte“. Die SPD-Anteile verhielten sich bei der ersten Bundestagswahl wie gewohnt praktisch spiegelbildlich hierzu, wurden aber zusätzlich noch von der Variablen „Geschlecht“ beeinflusst: Je größer der Prozentsatz der Männer in einem Kreis, desto höher fiel tendenziell der SPD-Anteil aus. Das Abschneiden der übrigen, zu einer latenten Variablen zusammengefaßten Parteien, deren positiver Pol von den Regionalparteien und den „Sonstigen“ und deren negativer Pol von KPD und FDP besetzt ist, hängt ab von den Variablen „Flüchtlinge und Heimatvertriebene“, „Konfession“, „Beruf“ und „Erwerbssparte“ sowie „Alter“ (vgl. Tabelle 15).

Durch die Variablenkonstellation des Kausalmodells werden 54% der CDU-Anteile, 63% der SPD-Erfolge und 71% der Variablen „Andere Parteien“ erklärt. Die Erklärungsleistung des Modells für die Bundestagswahl 1953 liegt noch deutlich darüber: Die Varianzreduktion beträgt hier im Falle der Unionsparteien 93%, im Falle der SPD 90% und im Falle der „Anderen Parteien“ ebenfalls 90%.

Zu berücksichtigen ist hierbei die Einbeziehung der Wahlerfolge der Parteien von 1949 in das Erklärungsmodell 1953. Der Einfluß der meisten unabhängigen Faktoren erfolgt auf diese Weise indirekt, vermittelt über die Parteianteile 1949. Auffällig ist in diesem Zusammenhang der erheblich stärkere Effekt der Wahlbeteiligung auf das Abschneiden der CDU/CSU 1953: Hatte die Wahlbeteiligung bei der ersten Bundestagswahl, dem hier vorgestellten Modell zufolge, noch einen stärkeren positiven Einfluß auf das Abschneiden der SPD als auf das der CDU/CSU, so war es bei der zweiten Bundestagswahl umgekehrt, ein Indiz dafür, daß der Aufstieg der Unionsparteien 1953 auch auf den Anstieg der Wahlbeteiligung zurückzuführen ist.

Die bereits mehrfach festgestellte territoriale Stabilität der Parteianteile zeigt sich im Modell in den relativ ausgeprägten Pfadkoeffizienten von 0,53 bzw. sogar 0,73 für die CDU/CSU und die SPD. Alles in allem zeigen diese Zusammenhänge, daß man die Bundestagswahlergebnisse 1949 und 1953 mit Hilfe relativ einfacher Pfadmodelle erklären kann, sofern man bereit ist, auf latente Variablen zurückzugreifen. Die LV-Pfadanalyse mit Hilfe der PLS-Schätzmethode erweist sich dabei als ein Verfahren zur Kausalanalyse komplexer Datensätze, das LISREL in vieler Hinsicht gleichwertig und in manchen Aspekten, z.B. dem der Programmhandhabung, sogar überlegen ist (vgl. Lohmöller 1981a).

**Tab. 14:** Faktorengewichte der Variablen des LV-Pfadmodells, soweit nicht in Abb. 1 angegeben

Latente Variablen	Manifeste Variablen (Indikatoren)	Faktorengewicht
Pendler	Auspendler	-69
	Einpendler	81
Andere Parteien 1949	FDP	-28
	KPD	-49
	REG	39
	RESP	12
	SONST	33
	FDP	-09
Andere Parteien 1953	KPD	-31
	REG	32
	RESP	18
	FLP	49
	NDP	19

**Tab. 15:** Pfadkoeffizienten, Faktorinterkorrelationen und Residualkovarianzen des LV-Pfadmodells

			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	*
A)	1	Geschlecht	100	35	-2	-1	-1	-9	-19	3	0	1	-2	-3	4	-3	-8	
	2	Alter	35	100	20	58	39	54	-38	0	0	0	0	3	1	2	-5	
	3	Konfession	-2	20	100	11	-35	29	-4	0	0	0	0	1	-3	4	0	
	4	Erwerbssparte	-1	58	11	100	39	89	-47	0	2	0	0	7	0	2	0	
	5	Flüchtlinge	-1	39	-35	39	100	19	-26	-	-6	0	0	7	0	2	0	
	6	Beruf	-9	54	29	89	19	100	-41	0	0	0	0	6	0	0	0	
	7	Pendler	-19	-38	-4	-47	-26	-41	100	0	-6	-4	3	-2	-7	2	1	
	8	Wahlbeteil. '49	15	27	21	15	20	7	-28	100	-1	-1	1	-2	-2	-1	-4	78
	9	SPD '49	19	-33	-55	-43	3	-61	7	16	100	-2	0	0	-1	2	2	37
	10	CDU/CSU '49	9	30	66	16	-32	34	-15	24	-41	100	0	2	1	-1	2	46
	11	Andere '49	-5	51	37	52	51	46	-22	29	-51	12	100	0	-1	2	1	29
	12	Wahlbeteil. '53	-1	7	4	9	10	7	-6	15	-1	5	10	100	0	0	1	98
	13	SPD '53	16	-40	-52	-49	-9	-62	9	6	86	-47	-53	28	100	-4	0	10
	14	CDU/CSU '53	-3	26	54	18	-11	28	-7	20	-43	64	28	71	-27	100	0	7
	15	Andere '53	-13	39	2	57	71	41	-25	21	-25	-15	71	48	-22	29	100	10
B)	8	Wahlbeteil. '49	0	15	35	31	18	-51	-23	0	0	0	0	0	0	0	0	
	9	SPD '49	16	-17	-47	0	0	-39	0	30	0	0	0	0	0	0	0	
	10	CDU/CSU '49	0	24	41	-23	-27	33	0	16	0	0	0	0	0	0	0	
	11	Andere '49	0	9	46	31	47	-26	0	15	-37	-21	0	0	0	0	0	
	12	Wahlbeteil. '53	0	0	0	0	0	0	0	15	0	0	0	0	0	0	0	
	13	SPD '53	0	0	0	-11	-17	0	0	0	74	-21	0	33	0	0	0	
	14	CDU/CSU '53	0	0	0	0	0	-12	0	0	-28	53	0	69	0	0	0	
	15	Andere '53	0	0	14	21	29	-14	0	0	25	0	36	102	-59	-63	0	

a) Über die Diagonalen = Residualkovarianzen; unterhalb der Diagonalen = Faktorinterkorrelationen; b) Standardisierte Pfadkoeffizienten der abhängigen latenten Variablen. Fälle vorab mit der Einwohnerzahl gewichtet.

\*) In dieser Spalte sind die Diagonalbesetzungen der Residualkovarianzmatrix angegeben, die wegen der auf Null restringierten Pfadkoeffizienten des ursprünglichen Modells von 100 abweichende Werte annehmen können.

---

## 9. Abschließende Bemerkungen

---

Die Resultate dieser Analyse wurden anhand von Aggregatdaten erarbeitet, d.h. sie haben streng genommen nur auf Gebietsebene – in unserem Falle der Stadtkreis- und Landkreisebene – Aussagekraft.

Ein Rückschluß auf die individuelle Verhaltensebene der einzelnen Wähler und Gruppen von Wählern ist ohne gewagte (und häufig genug extrem danebenliegende) Annahmen nicht möglich; sogenannte ökologische Fehlschlüsse können die Folge sein (vgl. Robinson 1950; Goodman 1959).

Hier vermögen eigentlich nur Daten der repräsentativen Wählerstatistik und der Meinungsforschung weiter zu helfen. Erstere liegen für die Bundestagswahl 1949 leider nur für einzelne Gemeinden und Kreise vor und dürften daher alles andere als „repräsentativ“ sein, und auch die Demoskopie stand 1949 in der Bundesrepublik noch ganz am Anfang (vgl. Tennstädt 1957). Dennoch existieren einige Informationen, die in wenigen Fällen eine Überprüfung der Frage gestatten, ob die auf der Aggregatebene festgestellten Beziehungen aufgrund von Individualzusammenhängen oder Kontexteffekten zustandegekommen sind (vgl. Falter 1978).

Die mittels einer Rückerinnerungsfrage im Jahre 1950 vom Institut für Demoskopie ermittelten Daten zur Bundestagswahl 1949 belegen, daß die Unionsparteien von Frauen, Angestellten und Beamten, Landwirten und Selbständigen sowie Katholiken überdurchschnittlich häufig gewählt worden sind; bei Männern, Arbeitern und Landarbeitern sowie Flüchtlingen (inklusive der Heimatvertriebenen) sowie Protestanten lagen ihre Erfolge unter dem Durchschnitt. Auch bei der Bundestagswahl 1953 blieben diese Unterschiede erhalten; in einigen Untergruppen verstärkten sie sich sogar noch.

Die Wählerschaft der SPD verhielt sich hierzu, ähnlich wie auf der Aggregatebene, fast spiegelbildlich. Auch hier blieben, mit Ausnahme der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, wo der 1950 gegründete BHE anscheinend in die SPD-Wählerschaft von 1949 einbrechen konnte, bei der zweiten Bundestagswahl die Unterschiede erhalten.

Die FDP-Wähler lagen 1949 wie 1953 etwa in der Mitte zwischen den Wählerschaften der beiden größeren Parteien: Mit den SPD-Wählern hatten sie die religiöse Färbung gemein, mit den Unionsparteien die berufliche Stellung und die schulische Ausbildung (vgl. Tennstädt 1957).

Wie schon in Kapitel 8 auf der Aggregatebene beobachtet, erfolgte 1953 die erdrutschartige Verschiebung zugunsten der CDU/CSU in allen Sozialstrukturbereichen mit Ausnahme der stärker ausgefallenen Veränderungen beim Merkmal „Konfession“ praktisch linear. Die von der sozialökologischen Analyse nahegelegten Zusammenhänge scheinen tatsächlich weitestgehend auch auf der individuellen Ebene zu bestehen. Auffällig sind allenfalls Abweichungen bei den Beamten und Angestellten, die auf der Individualebene sowohl 1949 als auch 1953 deutlich die CDU/CSU bevorzugten, während auf der

Kreisebene der Angestellten- und Beamtenanteil negativ mit den Wahlerfolgen der Union korrelierte. Das Gleiche gilt, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, für die SPD. Hier scheinen kontextuelle Effekte wirksam gewesen zu sein, die möglicherweise zu einer Umkehrung der statistischen Beziehungen von der Individual- zur Aggregatebene geführt haben (vgl. Falter 1979a: 148).

Weitere Aufhellung könnte hier nur eine Ausweitung der Individualdatenanalyse geben, die jedoch ihre Grenze in der Verfügbarkeit entsprechender Datensätze findet; ob es auf diese Weise doch noch gelingt, den Anschluß zu den vorliegenden, erst mit der zweiten Bundestagswahl einsetzenden Längsschnittstudien des deutschen Wählerverhaltens herzustellen (Pappi 1977; Baker et al. 1981 etc.) ist angesichts der Materiallage allerdings unwahrscheinlich.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse soll diese Untersuchung abschließen:

- 1) Der enorme Aufschwung der beiden Unionsparteien 1953 ist nicht auf ein „Realignment“ im klassischen Sinne, d.h. auf die Etablierung neuer, längerfristig stabiler Wählerkoalitionen, sondern auf eine praktisch linear verlaufende, sämtliche sozialökologischen Milieus und sozialen Gruppen umfassende Ausbreitung von CDU und CSU zurückzuführen. Die daraus resultierende Dominanz der Unionsparteien erwies sich andererseits als so stabil, daß man die Wahl von 1953 getrost als „kritische Wahl“ im Sinne V.O. Keys bezeichnen kann, in der – auf der Wählerebene – die Parteienstruktur der Bundesrepublik neu geordnet wurde.
- 2) Ausschlaggebend für den Aufstieg der Unionsparteien war ihre schon bald nach dem Kriege erfolgende Ausbreitung in den protestantischen Gebieten. Dennoch lagen 1949 und 1953 ihre (prozentualen) Hochburgen in den katholischen Agrarregionen, während die SPD ihre größten Wahlerfolge in den protestantischen Industriegebieten und Dienstleistungszentren erringen konnte; die FDP erzielte in den städtischen und ländlichen Regionen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung ihre besten Resultate.
- 3) Diese Erkenntnisse werden durch die eingesetzten multivariaten Analyseverfahren vertieft. Sowohl die Faktorenanalyse als auch die Pfadanalyse mit latenten Variablen liefern zusätzliche Aufschlüsse über die soziale Verflechtung der ökologischen Einflußfaktoren des westdeutschen Wählerverhaltens am Anfang der Bundesrepublik.
- 4) Die wenigen gedruckt vorliegenden Daten der Meinungsforschung schließlich belegen, daß die auf der Aggregatebene herausgearbeiteten Variablenbeziehungen weitestgehend auch auf der Individualebene existierten.
- 5) Mit nur geringen Ausnahmen setzten sich 1949 die schon vor 1933 wirksamen Wahlmuster fort. Dies deutet auf das Weiterwirken der alten, hauptsächlich von der Konfession und der Schicht- bzw. Klassenzugehörigkeit repräsentierten politischen Cleavagestrukturen hin (vgl. Pappi 1977). Dabei hat zwar nicht die Einflußstärke dieser Faktoren, wohl aber wegen des Rückgangs der Kirchenbindung und des Arbeiter- und Selbständigenanteils

in den letzten dreißig Jahren die Determiniertheit des Wahlverhaltens durch diese Cleavages entscheidend nachgelassen.<sup>10</sup>

---

## References

---

- Abelshauser, Werner. 1979. Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945-1953. In *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953*, ed. H. A. Winkler, Sonderheft 5 von „Geschichte und Gesellschaft“, 108-253, Göttingen.
- Adenauer, Konrad. 1965. *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart.
- Archiv der Gegenwart, 1948/1949 (AdG): 18. und 19. Jg., Frauenfeld.
- Baer, Christian-Claus und Erwin Faul, eds. 1953. *Das deutsche Wahlwunder*, Frankfurt.
- Baker, Kendall, Russel Dalton und Kai Hildebrandt. 1981. *Germany Transformed*, Cambridge.
- Bartl, Peter, Karl Unverdorben und Jan-Bernd Lohmöller. 1981. Soziale Probleme im Grundwehrdienst – Eine Pfadanalyse zu Alkohol- und Suizidproblemen. In *Forschungsberichte des Fachbereichs Pädagogik der HSBw München*, Nr. 81.01.
- Campbell, Angus et al. 1966. *Elections and the Political Order*, New York.
- Conradt, David P. 1972. Social Structure, Voting Behavior and Party Politics in West Germany. *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik* 3: 175-230, München.
- Conradt, David P. 1973. *The West German Party System – An Ecological Analysis of Social Structure and Voting Behavior, 1961-1969*, Beverly Hills/London.
- Dirks, Walter. 1953. Die Christliche Demokratie in der Deutschen Bundesrepublik. *Frankfurter Hefte* 8: 671-80.
- Falter, Jürgen W. 1977. Wahlforschung und Wählerverhalten. In *Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, ed. K. Sontheimer und H. H. Röhring, 638-47, München.
- Falter, Jürgen W. 1978. Theoretical and Methodological Problems of Multilevel Analysis Reconsidered. *Social Science Information* 17: 841-69.
- Falter, Jürgen W. 1979. Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28-29/79, 1979, 3-21.
- Falter, Jürgen W. 1979a. The Climate of Opinion as a Contextual Determinant of Political Behavior. An Analysis of the 1970 Saar State Elections. *European Journal of Political Research* 7: 147-67.

---

<sup>10</sup> Lag die mittlere Prozentpunktabweichung vom tatsächlichen Wahlergebnis über alle bei Tennstädt für 1949 und 1953 referierten Merkmale und Kategorien hinweg 1949 noch bei 5,38 und 1953 sogar bei 5,91, so verringerte sich dieser Wert bis 1980 (Politbarometer der FGW vom September 1980) auf 1,95 Punkte. Die Veränderungen zwischen 1949 und 1980 waren allerdings im Falle der Merkmale „Konfession“ und „Beruf“ erheblich geringer als im Durchschnitt aller Variablen (vgl. Pappi 1977). Insgesamt jedoch findet der in der wissenschaftlichen Diskussion inzwischen schon häufiger konstatierte Rückgang der Determination des Wählerverhaltens durch sozialstrukturelle Merkmale einen neuerlichen Beleg (vgl. auch Falter 1977; Baker et al. 1981).

- Falter, Jürgen W. 1980. Wählerbewegungen zur NSDAP 1924-1933 – Methodische Probleme, empirisch abgesicherte Erkenntnisse, offene Fragen. In *Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte*, ed. O. Büsch, 159-202, Berlin, Reprint in this HSR Supplement.
- Falter, Jürgen W. 1981. Radicalization of the Middle Classes or Mobilization of the Unpolitical? The Theories of Seymour Martin Lipset and Reinhard Bendix on the Electoral Support of the NSDAP in the Light of Recent Research. *Social Science Information* 20: 389-430.
- Faul, Erwin. 1960. Soziologie der westdeutschen Wählerschaft, In *Wahlen und Wähler in Westdeutschland*, ed. E. Faul, 135-371, Villingen.
- Goodman, Leo. 1959. Some Alternatives to Ecological Correlation. *American Journal of Sociology* 64: 610-25.
- Hirsch-Weber, Wolfgang und Klaus Schütz. 1957. *Wähler und Gewählte – Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953*, Berlin/Frankfurt.
- Hoschka, Peter und Hermann Schunck. 1977. Stabilität regionaler Wählerstrukturen in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 279-300.
- Kaack, Heino. 1971. *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, Opladen.
- Kaase, Max. 1970. Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969. *Politische Vierteljahresschrift* 11: 46-110.
- Kaltefleiter, Werner. 1968. *Wirtschaft und Politik in Deutschland*, 2. Auflage, Köln/Opladen.
- Linz, Juan. 1959. *The Social Bases of West German Politics*, PhD diss., Columbia University, New York (University Microfilms).
- Lohmöller, Jan-Bernd. 1981. *LVPLS – Latent Variables Path Analysis With Parameter Estimation Under Partial Least Squares (PLS)*, Fachbereich Pädagogik der HSBw München (vervielfältigtes Manuskript).
- Lohmöller, Jan-Bernd. 1981a. Pfadmodelle mit latenten Variablen – LVPLSC ist eine leistungsfähige Alternative zu LISREL. In *Forschungsberichte des Fachbereichs Pädagogik der HSBw München* Nr. 05/81.
- Noelle, Elisabeth und Erich Peter Neumann, eds. 1956. *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-55*, Allensbach.
- Pappi, Franz Urban. 1977. Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 195-229.
- Rattinger, Hans. 1980. *Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin.
- Robinson, W.S. 1950. Ecological Correlations and the Behavior of Individuals. *American Sociological Review* 15:351-7.
- Schachtner, Richard. 1956. *Die deutschen Nachkriegswahlen*, München.
- Schoof, Peter. 1980. *Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt.
- Setzer, Hans. 1974. *Determinanten der Wählerentscheidung*, Frankfurt/New York.
- Tennstädt, Friedrich. 1957. *Der Wähler*, Allensbach.
- Troitzsch, Klaus G. 1976. *Sozialstruktur und Wählerverhalten*, Meisenheim a.G.
- Wold, Hermann. 1980. Model Construction and Evaluation When Theoretical Knowledge is Scarce. Theory and Application of Partial Least Squares. In *Evaluation of Econometric Models*, ed. J. Kmenta und J. Ramsey, 47-74, New York.